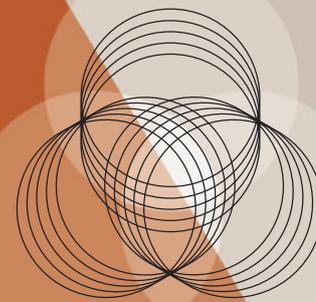


IFSH aktuell 123



Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

Januar - März 2018

„... auf allen Ebenen reden“ (Michael Gorbatschow, 2018)

Deep Cuts Commission trifft sich in Brüssel



Die Deep Cuts Commission bei der Arbeit

Im Rahmen des Deep-Cuts-Projekts fand vom 18.-20. März 2018 ein Workshop der Deep Cuts Commission in Brüssel statt. Die aus 21 Expert/-innen bestehende Kommission aus den USA, Russland und Deutschland hat es sich zum Ziel gesetzt, Vorschläge zur Weiterentwicklung der nuklearen Abrüstung zu erarbeiten und mit Entscheidungsträgern zu diskutieren. Im Laufe der letzten drei Jahre haben bereits drei Workshops und weitere Arbeitstreffen in Hamburg, Berlin, Washington und Moskau stattgefunden, in deren Verlauf die wesentlichen Hindernisse zur weiteren Abrüstung diskutiert und analysiert wurden.

Reduktionen der strategischen Arsenale unter 1.000 Sprengköpfe pro Seite erscheinen nach wie vor möglich. Angesichts der fortschreitenden Verschlechterung der Beziehungen zwischen dem Westen und Russland ist es besonders dringlich Bereiche zu identifizieren, in denen konkrete Fortschritte möglich sind. Ziel der laufenden Projektphase ist es, die bisherigen Ergebnisse, die in drei Berichten und Arbeitspapieren publiziert wurden, mit NATO-Vertretern zu besprechen. Hintergrund sind auch die jüngste Veröffentlichung der Nuclear Posture Review (NPR) der Trump-Administration und weitere Strategiedokumente zur Nuklearpolitik. Bei dem Treffen in Brüssel diskutierte die Kommission sowohl die Krise um den Fortbestand des INF-Vertrags und die Truppendislozierungen in den baltischen Staaten, die sicher auch beim nächsten NATO-Gipfel im Juli in Brüssel eine wichtige Rolle spielen werden, mit NATO-Vertretern.

In seinem Einleitungsreferat arbeitete Thomas Countryman, ehemaliger Acting Under Secretary of State, die Kontinuitäten und Brüche des NPR auf. Besonders deutlich werden in dem neuen Dokument die Abkehr von einer aktiven Rüstungskontrolldiplomatie der USA und eine Fortentwicklung der Abrüstungsagenda. In der Diskussion wurde auch deutlich, dass die russische Nukleardoktrin „Escalate to deescalate“ vom Pentagon nicht richtig interpretiert wird. Die russischen Kollegen wollen die Doktrin im Rahmen eines neuen Arbeitspapiers erläutern. Schwerpunkte der folgenden fünf Gesprächsrunden, zu de-

nen einzelne, noch unveröffentlichte Papiere vorgelegt wurden, waren zunächst die Zukunft des INF- und des N-START-Vertrags. Es zeichnet sich ab, dass der Kollaps des INF-Vertrags auch das Ende weiterer nuklearer Abrüstung im Rahmen des START-Prozesses bedeuten kann. Ein neues Wettrüsten erscheint dann wahrscheinlich. Die Kommission kam zu der Auffassung, dass die gegenseitigen Vorwürfe durch Inspektionen und den Austausch technischer Informationen bei entsprechend kooperativem Verhalten geklärt werden könnten. Dies könnte auch durch das sofortige Angebot geschehen, den N-START, dessen Zielgrößen im Februar 2018 erreicht

wurden, um weitere fünf Jahre (2021-2026) zu verlängern. Angesichts der Vorstellung neuer strategischer Waffensysteme durch Präsident Putin bei seiner Rede am 1. März 2018 wäre die Wiederaufnahme kontinuierlicher Gespräche zur „strategischen Stabilität“ von großer Bedeutung. Auch die Einbeziehung von nuklear bestückten Marschflugkörpern mit großer Reichweite in den Rüstungskontrollprozess ist überfällig. Die Analyse der prekären Situation konventioneller Aufrüstung in den baltischen Staaten, aber auch im Schwarzen Meer, macht eine Wiederbelebung der konventionellen Rüstungskontrolle erforderlich. Hierzu wurden konkrete risikovermindernde Maßnahmen vorgeschlagen und diskutiert. Der Umfang des noch gültigen Wiener Dokuments ist zu begrenzt und sollte dringend erweitert und verbessert werden. Einige Teilnehmer/-innen sprachen sich angesichts der globalen nuklearen Gefahren für einen neuen nuklearen Gipfel der Schlüsselstaaten aus. Eine in der Folge des Treffens erarbeitete Erklärung wurde von allen 21 Kommissionsmitgliedern sowie von 41 Unterstützern unterzeichnet.



Der deutsche NATO-Botschafter Hans-Dieter Lucas beim Abendessen mit der Deep Cuts Commission. Gegenüber Tom Countryman, Victor Esin, Andrei Zagorski und Andy Weber



Am Abend war die Kommission Gast in der Residenz des deutschen NATO-Botschafters Hans-Dieter Lucas. Bei dem Arbeitessen wurde von allen die Notwendigkeit eines vertieften Dialogs betont, zumal die verstärkt unterschiedlichen Perzeptionen vermehrt zu divergierenden situativen Interpretationen führten. Es sei relevant, militärischen Zwischenfällen vorzubeugen und die Gefahr einer Eskalation „aus Versehen“ einzudämmen. Dies gilt insbesondere für Szenarien, in denen sich militärische Zwischenfälle mit konventionellen Mitteln auf die nukleare Sphäre ausweiten könnten. Eine politische Annäherung der Staaten sei essentiell, um Rahmenbedingungen für das Einbringen technischer Expertise zu schaffen, die wiederum die Grundlage für

weitere Rüstungskontroll- und Abrüstungsbemühungen bilden. Der abschließende Teil des Treffens am nächsten Tag galt den weiteren Planungen der Deep Cuts Commission, die ihre Ergebnisse der Öffentlichkeit weiterhin in Form von Arbeitspapieren und Zeitungsbeiträgen vorstellen wird. Zunächst ist eine Veranstaltung im Rahmen der NVV Vorbereitungskonferenz in Genf Anfang Mai 2018 geplant. Einige Policy Papiere zum INF-Vertrag und zum N-START-Abkommen sollen in den nächsten Tagen veröffentlicht werden und sind dann auf der Homepage der Deep Cuts Commission (www.DeepCuts.org) verfügbar.

*Kontakt: Götz Neuneck
Lina Hilgert*

*neuneck@ifsb.de
hilgert@ifsb.de*

Eurasia Peace Studies Exchange Zweites EPSE-Koordinationstreffen am IFSH

Das Eurasia Peace Studies Exchange (EPSE) Netzwerk verfolgt das Ziel kulturelle, normative und politische Verschiedenheiten und Differenzen in Europa und Eurasien (postsowjetischer Raum und Nachbarstaaten) durch akademischen Dialog und Austausch im Bereich der Friedensforschung zusammenzuführen und zu diskutieren. Am 21./22. März 2018 fand das zweite EPSE-Koordinationstreffen am IFSH statt. Auf einen informellen Gedankenaustausch zu den Perspektiven von Friedensforschung in Europa und Eurasien folgte ein von



Die EPSE Mitglieder beim Koordinationstreffen im IFSH

Anna Kreikemeyer moderierter Roundtable zum Schwerpunktthema „Prospects for Peace in/with Ukraine and Russia“, an dem sich die Teams der Fakultäten für Internationale Beziehungen der Staatlichen Universität Odessa (Volodymyr Dubovyk, Deniz Kuzmin, Sergyi Glebov) und Tiflis (David Aphrasidze, Giorgi Gvalia, Archil Abashidze), der Akademie für Bildungswissenschaften in Kiew (Iryna Hubeladze, Vadym Vasiutynsky), der Abteilung für Sozialanthropologie der American University of Central Asia in Bishkek (Cholpon Chotaeva, Aida Abydkanova), des Centre for Peace Studies an der Arktischen Universität Tromsø (Christine Smith-Simonsen, Elizabeth Sandersen) und

des IFSH (Regina Heller, Elena Kropatcheva, Hans-Georg Ehrhart) beteiligten. Nur all zu deutlich wurde eine Fokussierung der ukrainischen und georgischen Teilnehmer/-innen auf das Konfliktverhalten Russlands. Aus kirgisischer Sicht hingegen standen eher Bemühungen um ein Arrangement mit dem machtvolleren Nachbarn an. Alle Projektmitglieder befürworteten bestehende Gesprächskanäle zu russischen Kolleg/-innen nicht abreißen und neue Kontakte aufbauen zu wollen. Die primär auf Russland gerichteten Bedrohungsperzeptionen ließen freilich

nur wenig Raum für andere Friedensgefährdungen wie den globalen Klimawandel oder die weltweite Migration. Nach der Auswertung des letzten Intensivworkshops in Tiflis im Oktober 2017 widmete sich die Gruppe der Vorbereitung des diesjährigen Workshops in Kiev und Odessa im Juni 2018. Dabei wurde einmal mehr deutlich dass seit dem ersten Koordinationstreffen im April 2017 in Tromsø unter den Kernteilnehmer/-innen des vom Norwegian Centre for International Cooperation in Education (SIU) geförderten dreijährigen Projektes eine vertrauensvolle Plattform entstanden ist.

Kontakt: Anna Kreikemeyer

kreikemeyer@ifsb.de

Präsidentenwahl in Russland: Putin geht den Weg des geringsten Widerstands

Wladimir Putin hat die russische Präsidentenwahl am 18. März 2018 wie erwartet gewonnen. Im Wahlkampf hat er fast ausschließlich auf eine Rhetorik der Stärke und die anti-westliche Mobilisierung der Bevölkerung gesetzt, anstatt Lösungen für innenpolitische Fragen anzubieten. Er ist so den Weg des geringsten Widerstands gegangen. Es ist anzunehmen, dass dieses Prinzip auch nach der Wahl die Politik Moskaus bestimmen wird.

Anti-westliche Mobilisierung in Russland

Die Wähler/-innen haben mit dem Ergebnis vor allem ihre Zustimmung zu Putins Kernaussage im Wahlkampf signalisiert: Russland ist einer massiven äußeren Bedrohung ausgesetzt, genauer: einer Bedrohung durch den Westen, und nur ein starkes Russland kann sich dagegen zur Wehr setzen. Um Russlands innere Probleme ging es im Wahlkampf nur am Rande. Wirtschaftskrise, Stagnation, schwacher Rubel – alles eine Folge westlicher Sanktionen; Russland ist Opfer westlicher Destabilisierungspolitik.

Wie überhaupt der Westen für Putins Stimmungsmache in den vergangenen Monaten mehrere Steilvorlagen geliefert hat: Seien es De-



Regina Heller

batten in den USA um Russlands Rolle in den letzten Präsidentenwahlen, von Russland aus mutmaßlich gesteuerte Cyber-Attacken auf europäische Länder oder Vorwürfe, Russland habe Staatsdoping betrieben – in all diesen Fällen hat Putin es geschafft, westliche Reaktionen auf vermeintliches russisches Fehlverhalten zur Steigerung seiner Beliebtheit zu nutzen. Zuletzt hatte die scharfe Missbilligungsrhetorik aus dem Westen in der Skripal-Affäre weitere Wähler mobilisiert.

Konflikte mit dem Westen ohne Risiko

Das Wahlergebnis verschafft Putin nicht nur Handlungsspielraum nach innen, sondern auch Rückenwind für die Außenpolitik. Bestärkt durch das selbst inszenierte Bild von einem starken Russland wird Moskau voraussichtlich deutlicher und selbstbewusster als bisher gegenüber dem Westen auf der Anerkennung seiner Interessen beharren, um diesen in Zugzwang zu bringen. Mit einem außenpolitischen Kurs, der den Westen verstärkt unter Druck setzt, geht Russland kein großes Risiko ein. Denn es ist in zunehmendem Maße der Westen, und nicht Russland, der im derzeitigen internationalen Klima allorts unter Druck gerät. Je größer die politischen Fliehkräfte innerhalb



der EU und im transatlantischen Verhältnis, je mehr U.S.-Präsident Trump gegenwärtige Kooperationsstrukturen ins Wanken oder sogar zu Fall bringt, und je mehr China nach vorne drängt, umso leichter

wird Russland im Windschatten dieser Entwicklungen fahren und seine Großmachtphantasien ausleben können.

Kontakt: Regina Heller

beller@ifsb.de

OSZE-Netzwerk: Personelle Veränderungen und Treffen in Wien

Im Februar wählten die Mitglieder des OSZE-Netzwerkes von Think Tanks und wissenschaftlichen Einrichtungen einen neuen Lenkungsausschuss und – als Nachfolge von Wolfgang Zellner, der das Netzwerk seit seiner Gründung 2013 koordiniert hatte – neue Koordinatoren. Der neue Lenkungsausschuss hat acht Mitglieder: Irina Chernykh (KISI, Kasachstan), Barbara Kunz (IFRI, Frankreich), Marko Lehti (TAPRI, Finnland), Botschafter Philip McDonagh (Edward M Kennedy Institute for Conflict Intervention, Irland), Botschafter Philip Remler (Carnegie, USA), Sonja Stojanovic Gajic (BCSP, Serbien), Stefan Wolff (Universität Birmingham, Großbritannien) und Andrei Zagorski (MEMO, Russland). Die Wahlbeteiligung war mit 79 Prozent hoch und die neuen Mitglieder des Lenkungsausschusses wurden mit großer Mehrheit gewählt. Zum ersten Mal gab es ein elektronisches Wahlsystem, das Eckhard Schlopsna und Naida Mehmedbegovi Dreilich entwickelt hatten und das sich als effektiv erwies.

Als neue Netzwerk-Koordinatoren wählten die Mitglieder des OSZE-Netzwerkes Cornelius Friesendorf (IFSH) und Christian Nünlist (CSS, Schweiz). Sie erhielten 56 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen und 4 Ent-



Christian Nünlist und Cornelius Friesendorf

haltungen. Die neuen Koordinatoren und die Mitglieder des Lenkungsausschusses haben eine Amtszeit von zwei Jahren.

Vom 14.-15. März 2018 waren Cornelius Friesendorf und Christian Nünlist in Wien, um Vertreter/-innen des OSZE-Sekretariats und der Delegationen der Teilnehmerstaaten zu treffen und sich vorzustellen. Gesprächspartner waren unter anderem Botschafter Luca Fratini aus Italien (das 2018 den Vorsitz der OSZE hat), OSZE-Generalsekretär Botschafter Thomas Greminger und der Leiter

des OSZE-Konfliktverhütungszentrums, Botschafter Marcel Pesko. Gemeinsam mit Frank Evers, dem stellvertretenden Leiter von CORE, präsentierten die beiden neuen Koordinatoren Projektvorschläge aus dem OSZE-Netzwerk für das Jahr 2018. Ein Arbeitessen, zu dem Botschafter Svetoslav Spasov von der bulgarischen OSZE-Delegation eingeladen hatte, bot die Gelegenheit, das OSZE-Netzwerk vor mehr als einem Dutzend OSZE-Delegationen von EU-Mitgliedstaaten vorzustellen. Der Besuch unterstrich das große Interesse innerhalb der OSZE, das Netzwerk im Rahmen aktueller politischer Diskussionen in Wien zu nutzen.

Kontakt: Cornelius Friesendorf

friesendorf@ifsb.de

Nordkoreakrise bei IFAR im Fokus

Angesichts der überraschenden Ankündigung von US-Präsident Trump, er werde sich mit dem nordkoreanischen Machthaber Kim Jong-un im Mai treffen und der signalisierten Kooperationsbereitschaft Nordkoreas über eine Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel zu sprechen, gibt es ein verstärktes, öffentliches Interesse an dem nordkoreanischen Atom- und Raketenprogramm. Auf der von IFAR mitorganisierten Vortragsfolge der Arbeitsgruppe „Physik und Abrüstung“ (Sprecher: Götz Neuneck und Christian Alwardt) im Rahmen der 82. Jahrestagung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft in Erlangen beschäftigten sich mehrere Vorträge mit Aspekten der nordkoreanischen Fähigkeiten. So machte Markus Schiller aus München deutlich, dass die getesteten Raketen mit interkontinentaler Reichweite keine eigenständigen Produkte, sondern von externem Know-how abhängig sind. Götz Neuneck resümierte die Ergebnisse zu den Raketentests des leider verhinderten UCS-Wissenschaftlers David Wright (Boston). Matthias Englert (Darmstadt) und Malte Göttsche (RWTH Aachen) analysierten die Fähigkeiten Nordkoreas waffenfähiges Material her zu stellen und Ole Ross (BGS, Braunschweig) trug die Ergebnisse der Auswertung der nordkoreanischen Atomtests vor. Jeder dieser Vorträge hatte einige hundert Zuhörer/-innen.

Bei den anderen Vorträgen waren ausländische Gäste eingeladen. Tariq Rauf (Wien) trug zur „IAEA Low Enriched Fuel Bank“



Der ehemalige Leiter des IAEA „Verification and Security Policy Coordination Office“ Tariq Rauf bei den Vorträgen des DPG Arbeitskreises Physik und Abrüstung an der Universität Erlangen

vor, Ryan Snyder (Genf) zur „Laseranreicherung von Uranisotopen“. Weitere Redner/-innen von Arbeitsgruppen und Forschungszentren in Deutschland (FZ Jülich, RWTH Aachen, BOKU Wien, Fraunhofer-Institut INT, TU Dortmund et al.) beleuchteten verschiedenste friedens- und sicherheitspolitische Themen mit naturwissenschaftlichen Schwerpunkten und Methoden. Bei der alljährlichen öffentlichen Max-von-Laue Lecture führte Götz Neuneck den Hauptredner Paul Richards, Seismologe von der Columbia-Universität New York ein, der zum Thema “Scientific Work

in Support of Bans on Nuclear Testing: Lessons for Science Advice” und den seismologischen Detektionsmethoden des Umfassenden Teststoppvertrages CTBT vortrug. Die Vortragsreihe wird seit Jahren von IFAR betreut und behandelt in öffentlichen Vorträgen Themen aus dem Spannungsfeld von „Physik und Gesellschaft“.

Nordkorea war auch Thema eines Vortrags beim abendlichen Salon des dem IFSH benachbarten Café Hadley’s, bei dem bereits mehrere Redner des IFSH in den vergangenen Monaten zu Gast waren. Auch im Forschungskolloquium des IFSH brachten Christian Alwardt und Götz Neuneck die Ergebnisse zu den nordkoreanischen nuklearen Fähigkeiten durch Vorträge zur Sprache. Schließlich war das Thema Gegenstand mehrerer Interviews (NDR, DLF, ZDF) und Hintergrundgespräche. IFAR wird sich weiter mit der Nordkorea-Problematik befassen.

Kontakt: Götz Neuneck

neuneck@ifsb.de



PUBLIKATIONEN PERSONALI

S+F. Sicherheit und Frieden, Heft 4/2017

Selbstreflexivität – ein Beitrag zu Frieden und Sicherheit?

Führt mangelnde Selbstreflexion in der Friedens- und der Sicherheitspolitik nicht zu einer verzerrten Analyse? Vielleicht verschleißt sie sogar den entscheidenden strategischen Handlungsraum. Denn eigentlich müsste es doch leichter fallen, das eigene Verhalten zu korrigieren, als andere Akteure zu steuern oder gar fremde Gesellschaften umzugestalten.

In einem einleitenden Beitrag führt Gertrud Brücher in die komplexe Auseinandersetzung mit dem Thema Selbstreflexivität ein. Sabine Jaberg, die Herausgeberin des Heftes, stellt die unterschiedlichen Dispositionen von Frieden und Sicherheit zur Selbstreflexivität vor. Obwohl sich die Differenzen an den jeweiligen kategorialen Grenzen verlieren, behalten die Ausgangskategorien durchaus ihre Relevanz: Während Selbstreflexivität im Frieden(begriff) gut vorbereitet sei, müsse sie der Sicherheit abgetrotzt werden. Müsste dann aber nicht die Friedensforschung eine selbstreflexive Wissenschaft par excellence sein? Christoph Weller stellt der Disziplin in seinem Beitrag ein durchwachsendes Zeugnis aus. Zwar hätte ihr kritischer Zweig entsprechendes Potenzial, es aber bislang nicht ausgeschöpft. Michael Bothe geht der Frage nach, ob die Rüstungsexportpolitik dem im Grundgesetz verankerten Friedensgebot nachkommt. Während Selbstreflexivität bei diesem Thema nur randständig bearbeitet werden kann, rückt Jan Grebe es ins Zentrum. Da die Bundesrepublik sich zusehends auf dem Weg zum politischen Exporteur befinde, wachse die Bedeutung des selbstreflexiven Diskurses. Werner Ruf richtet den selbstreflexiven Blick auf das Konzept und die Praxis des Neoliberalismus und stellt einen globalen Unfrieden am Beispiel der Wirtschafts- und Handelspolitik der Europäischen Union heraus. Claudia Brunners Beitrag vermehrt die bei Ruf bereits anklingende Skepsis, ob der Westen in seiner hegemonialen Position zu einer selbstreflexiven verursachten Kehrtwende überhaupt in der Lage wäre, zumal das koloniale Vermächtnis sich über das gesamte epistemische Territorium der Moderne erstreckte. Selbstreflexivität im Kontext von Frieden und Sicherheit ist ein breites Feld, das weiterer Vertiefung dringend bedarf – so das Fazit dieses Heftes.

Kontakt: *Patricia Schneider* schneider@ifsb.de

Regina Heller, Eine Chance für den Frieden in der Ostukraine?, in: Ukraine-Analysen Nr. 162, 27.01.2018, S. 5-6, <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen194.pdf>>

Neben einer Reihe weiterer namhafter deutscher Expert/-innen kommentiert Regina Heller in den Ukraine-Analysen vom 25. Januar 2018 die aktuellen Entwicklungen im bewaffneten Konflikt in der Ost-Ukraine und die Perspektiven für eine Friedenslösung.

Kontakt: *Regina Heller* beller@ifsb.de

Eduardo Gonçalves Gresse/ Fernando Preusser de Mattos/ Daniel Peters, A Brazilian Perspective on Development and R2P: Analysing the Linkages between Domestic and Foreign Policies under Lula da Silva and Dilma Rousseff, in: Daniel Peters/Dan Krause (eds.), Southern Democracies and the Responsibility to Protect: Perspectives from India, Brazil and South Africa. Studien zur Friedensethik, Band 60, Baden-Baden 2017, S. 101–48.

Der Sammelband „Southern Democracies and the Responsibility to Protect“ umfasst sechs Beiträge, die sich mit den Standpunkten der drei südlichen Demokratien Indien, Brasilien und Südafrika gegenüber dem Konzept der Schutzverantwortung (Responsibility to Protect, R2P) auseinandersetzen. Eduardo Gresse, Fernando Mattos und Daniel Peters legen in ihrem Beitrag über die brasilianische Haltung zur Schutzverantwortung unter den PräsidentInnen Lula da Silva und Dilma Rousseff den Fokus auf mögliche Verbindungen zwischen der gezielten Armutsbekämpfungspolitik im eigenen Land und der Positionierung zur R2P. Anhand der Aussagen brasilianischer Diplomaten/-innen während der informellen Dialoge über die Implementierung der R2P auf der Ebene der UN-Generalversammlung arbeiten die drei Autoren heraus, dass der brasilianische Standpunkt im Wesentlichen von einem äußerst restriktiven Ansatz bei der Anwendung von Gewalt und der Bevorzugung von Maßnahmen zur strukturellen Konfliktprävention geprägt ist. Die brasilianischen Diplomaten/-innen setzen damit dem etablierten „narrow but deep approach“ ihr eigenes Verständnis von der Wahrnehmung internationaler Verantwortung entgegen, das die eigenen Erfahrungen bei der Förderung sozioökonomischer Entwicklung reflektiert. Zugleich ermöglicht diese Ausrichtung es der brasilianischen Regierung, ihre eigenen Präferenzen in die Diskussionen über ein nach wie umstrittenes Konzept im Bereich der internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik einzuspeisen. Der Band ist im Dezember 2017 als Printausgabe in der Reihe „Studien zur Friedensethik“ bei Nomos erschienen.

Kontakt: *Fernando Preusser de Mattos* mattos@ifsb.de

Sybille Reinke de Buitrago, Discussing Islamic Peace Ethics: Conceptual Considerations of the Normative, in: Islamic Peace Ethics, H. Shadi (Hrsg.), Baden Baden 2018, S.55-68, <<https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783845283494-1/titelei-inhaltsverzeichnis>>

Der Beitrag beschäftigt sich mit den Interpretationsrahmen islamischer Friedensethik, mit den Repräsentationen des Islam in Teilen des aktuellen politischen und öffentlichen Diskurses und der Frage, wie dadurch auch Macht angewandt wird. Er stellt die Frage nach normativer Pluralität versus Universalität und erforscht dabei die Konstruktionen des Selbst und des Anderen sowie Prozesse des Othering, wie auch die dadurch entstehenden Gewaltpotenziale.

Kontakt: *Sybille Reinke de Buitrago* reinke@ifsb.de

Hans-Georg Ehrhart, Kriege und Kriegführung der Staaten des globalen Nordens im 21. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Heft 1/2018, S. 65-81.

Kriegführung der Staaten des globalen Nordens ist heute komplexer, die Formen schwerer unterscheidbar, der Verlauf volatiler, die Ausrichtung gesellschaftszentrierter und dank neuer Technologien informationsintensiver. Das Spezifische an ihr liegt darin, dass sie verstärkt taktische und operative Wirkmöglichkeiten aus den Bereichen Informationsraum, Vernetzung, indirektes und verdecktes Vorgehen sowie technologische Innovationen nutzen in der Absicht, die eigene politische Handlungsfähigkeit bei möglichst geringen eigenen Kosten und Risiken aufrechtzuerhalten. Diese Veränderungen bewegen sich in einer wachsenden Grauzone zwischen Begrenzung und Entgrenzung des Krieges und stellen bereits darum eine friedens- und sicherheitspolitische Herausforderung dar.

Kontakt: *Hans-Georg Ehrhart* ehrbart@ifsb.de

Cornelius Friesendorf ist seit März 2018 als Referent am Zentrum für OSZE-Forschung (CORE) am IFSH beschäftigt.

Er ist zudem Ko-Koordinator des OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions. Vor seinem Wechsel nach Hamburg hat er als Senior Advisor für ein EU-Polizeireform-Projekt in Myanmar gearbeitet. Auch war er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Goethe-Universität Frankfurt und am Leibniz Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Fellow am Genfer Zentrum für die Demokratische Kontrolle der Streitkräfte, Postdoc an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der Eidgenössisch Technischen Hochschule Zürich. 2017 hat er sich an der Goethe-Universität Frankfurt mit einer Arbeit über Militärinterventionen habilitiert (How Western Soldiers Fight: Organizational Routines in Multinational Missions, Cambridge University Press, 2018). Seine Dissertation an der Universität Zürich untersuchte US-amerikanische Strategien gegen den Drogenhandel (US Foreign Policy and the War on Drugs: Displacing the Cocaine and Heroin Industry, Routledge, 2007). Zuvor hatte er an der FU Berlin (Diplom Politikwissenschaft), der London School of Economics and Political Science (Master of Science in European Studies) und in Bristol und Göttingen studiert. Cornelius Friesendorf war zudem Gastforscher an der Taras Shevchenko Staatlichen Universität Kiew, der Staatlichen Universität St. Petersburg, dem Centre for Civil-Military Relations Belgrad, dem Center for Security Studies Sarajevo, der South East European University Tetovo und dem Watson Institute for International Studies, Brown University. Zusammen mit Ursula Schröder wird er von 2018- 2021 ein DFG-Projekt zu internationalen und transnationalen Polizeieinsätzen leiten.

Kontakt: *Cornelius Friesendorf* friesendorf@ifsb.de




IFSH aktuell
Ausgabe 123
Januar – März 2018
Verantwortlich für diese Ausgabe:
Susanne Bund,
Anna Kreikemeyer

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg
Beim Schlump 83 · 20144 Hamburg
Tel. (040) 866 077 67 · Fax: (040) 866 36 15
E-Mail: ifsh@ifsh.de · <http://www.ifsh.de>